Inhalt

Einleitung	9
1. Kein Endkampf 1918	18
2. Gewalt und die große Angst vom November 1918	46
3. Der Liebknecht-Mythos	74
4. Blutiger Freitag	95
5. Blutweihnacht	117
6. Der 29. Dezember 1918	136
7. Der Januaraufstand	149
8. »Die Stunde der Abrechnung naht«	176
9. Die ersten Gräuel: der 11. Januar 1919	190
10. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg	212
11. Der Märzaufrüstung	237
12. Schießbefehl	254
13. Gustav Noske, der Held	276
14. Geiselmord in München	293
15. Gesellenmord in München	314
Epilog	331
Danksagung	344
Abkürzungsverzeichnis	348
Karten von Kiel, München und Berlin	349
Anmerkungen	353
Bibliographie	414
Personenregister	430

Einleitung

Am 11. März 1919 senkte sich eine unheimliche Stille auf den Innenhof des Gebäudes Französische Straße 32 in Berlin-Mitte herab. In einer Ecke des Hofes lag Hugo Levin auf dem kalten Boden und stellte sich tot. Rechts und links von ihm lagen 29 tote Männer, darunter die Leiche seines Bruders Erwin. Mit ihnen zusammen war Hugo Levin wenige Minuten zuvor vor ein Hinrichtungskommando gestellt worden. Die Brüder gehörten zu einer Gruppe von 150 oder mehr Marinesoldaten, die man unter dem Vorwand zu dem Haus in der Französischen Straße gelockt hatte, sie würden dort ihre Entlassungspapiere und ihren restlichen Sold erhalten. Es war eine Falle, aufgestellt von Offizieren der Truppen, die in der Endphase des »Märzaufstandes« in Berlin auf Seiten der Regierung kämpften. Die Männer wurden bei ihrer Ankunft nacheinander festgenommen, und um die Mittagszeit wurden 30 von ihnen, ohne auch nur den Anschein eines militärgerichtlichen Verfahrens, von Offizieren zur Erschießung ausgewählt. Die Auswahl erfolgte auf Grund ihrer äußeren Erscheinung und der Wertsachen, die sie bei sich trugen. Soldaten trieben die Ausgewählten unter Schlägen auf den Innenhof. Wie Levin später aussagte, ahnte er zunächst nicht, was ihm bevorstand, bis er zu seinem Schrecken sah, wie auf der gegenüberliegenden Seite des Hofareals in aller Eile ein Erschießungskommando zusammengestellt wurde. Er und sein Bruder beteuerten laut schreiend ihre Unschuld, als auch schon die ersten Schüsse fielen. Eine Kugel traf ihn in den Arm, worauf er ohnmächtig nach vorne fiel. Als er wieder zu sich kam, blieb er regungslos liegen und stellte sich tot. Die

ersten Stimmen, die er vernahm, gehörten den Soldaten, die auf die Männer gefeuert und seinen Bruder erschossen hatten. Was sie sagten, ließ ihm vollends das Blut in den Adern gefrieren: »Der da lebt noch! Der da. Der zweite dort lebt noch!« Jedes Mal, wenn er diese Worte hörte, »krachte ein Schuss«. Doch auf ihn wurden die Täter nicht aufmerksam. Er wagte nicht, sich zu rühren, und harrete der Dinge – stundenlang, so kam es ihm zumindest vor. Dann hörte er die Stimmen einiger Männer, die darüber redeten, den toten Männern die Stiefel abzunehmen. Anschließend kehrte wieder Stille ein, bis schließlich ein anderer Mann den Innenhof betrat. Es war ein mit einer Pistole bewaffneter Leutnant. Levin, der das Sichtotstellen nicht mehr aushielt, erhob sich, schaute dem Leutnant in die Augen und bat kniend um Gnade. Der Offizier wandte sich ab und lief davon. Später berichtete Levin seine Erlebnisse in einem Prozess vor einem Militärgericht, das das Massaker untersuchte und die dafür verantwortlichen Offiziere freisprach. Hugo Levin war der einzige der 30 Männer, der den Kugelhagel überlebt hatte.¹

Das Massaker in der Französischen Straße zeigt eindringlich, dass die Auswüchse mörderischer Gewalt, die die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert prägten, ihren Anfang nicht 1933, 1939 oder 1941 nahmen. Vielmehr schlug ihre Geburtsstunde schon in der Gründungsphase der Weimarer Republik; hier schwenkte Deutschland auf den Kurs ein, der später in die Horror-Exzesse des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkriegs mündete, ohne dass damit behauptet werden soll, diese seien eine zwangsläufige Folge jener frühen Entwicklung gewesen. In den Winter- und Frühjahrsmonaten 1918/19 hielten Formen von Gewalt Einzug, die bis dahin auf dem Boden des Deutschen Reiches niemals vorgekommen waren, und das in einer nie dagewesenen Größenordnung. Dieses Buch will erklären, wie und warum es dazu kam. Es zeigt auf, dass die zunehmende Brutalisierung aus der Interaktion politischer, militärischer und kultureller Faktoren erwuchs, nicht zuletzt auch aus der populären Forderung, der neue Staat müsse hart durchgreifen, um seinen Machtwillen und die Legitimität seiner Macht zu untermauern. Dieses Buch

stellt Fragen wie: In welchen Formen trat die tödliche Gewalt im Verlauf der deutschen Revolution von 1918/19 zutage, und wie reagierten die tonangebenden Politiker und Meinungsmacher auf sie? Wie kommunizierten die Täter ihre Taten, und wie rechtfertigten sie die Ermordung von Mitbürgern? Wie kam es, dass Ende Dezember 1918/Anfang Januar 1919 die Einstellung zur Gewalt umschlug und dass so kurz nach einer den Frieden verheißenden Revolution und nach einem Krieg, der so viele Menschen dazu gebracht hatte, der Gewalt abzuschwören (auch und gerade Veteranen des Grabenkrieges), dennoch so viele politische und publizistische Stimmen nach staatlicher Gewaltanwendung riefen? Und weshalb war kaum der politische Wille vorhanden, diejenigen, die Gräueltaten begangen hatten, vor Gericht zu stellen? Warum verabschiedeten sich die politischen Herren des neuen Staates, die führenden Männer der SPD, vom traditionellen Bekenntnis ihrer Partei zur Gewaltlosigkeit, ordneten stattdessen standrechtliche Erschießungen ohne vorherigen Prozess an und verteidigten Soldaten, die Gräueltaten begingen?

Auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen wird der Verlauf der Revolution von 1918/19 unter dem speziellen Blickwinkel der Gewalt erkundet. Das Buch liefert die erste eingehende historische Analyse der Rolle blutiger Gewalt in der Novemberrevolution und exponiert das Thema anschließend, indem es eine Serie gewaltvoller Ereignisse unter die Lupe nimmt, die prägend für die deutsche Politik in der Zeit nach dem Waffenstillstand waren. Jeder der untersuchten Vorgänge markierte eine Eskalationsstufe auf dem Weg zu immer brutaleren Gewaltakten. Dazu gehörten das Niedermähen eines Pulks von Demonstranten mitten in Berlin am 6. Dezember 1918; der »Sturmangriff« auf das Berliner Stadtschloss und den Marstall am 24. Dezember; der »Aufstand« in Berlin in der ersten Januarhälfte 1919 und dessen Niederschlagung; die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im gleichen Monat; der »Märzaufstand« in Berlin und die Verhängung des Standrechts, das Regierungstruppen willkürliche Hinrichtungen erlaubte; die wahllose Ermordung von Männern, Frauen und Kindern als Konsequenz aus dieser Entscheidung

und die Niederschlagung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919.

Die Anzahl derer, die Opfer politisch motivierter Gewalt wurden, potenzierte sich während dieses Zeitraums. Den besten verfügbaren Schätzungen zufolge starben nach der Ausrufung des Generalstreiks in Berlin am 3. März innerhalb von 10 Tagen 1200 Personen; das war das Vier- bis Fünffache der geschätzt 200 bis 250 Personen, die in der deutschen Hauptstadt zwischen Anfang November 1918 und Mitte Januar 1919 ums Leben kamen. In München war die Steigerung noch krasser: Im November 1918 hatten revolutionäre Massen die Abdankung des bayerischen Königs erzwungen, ohne dass es dabei zu einem einzigen aktenkundigen Todesfall gekommen war. Sechs Monate später, zwischen dem 29. April und dem 6. Mai 1919, starben in der Stadt und ihren Vororten mehr als 1000 Menschen eines gewaltsamen Todes. Hier wie dort fiel die Zunahme der Verlustzahlen extrem einseitig aus: Die Regierungstruppen hatten Zugriff auf die Kampfaktiken und das Waffenarsenal der Westfront. Sie setzten Flugzeuge ein, Artillerie, Panzerwagen, Flammenwerfer, Mörser, Handgranaten und Maschinengewehre – gegen Revolutionäre, die ihnen in aller Regel zahlenmäßig unterlegen waren und nur über Gewehre und Maschinengewehre verfügten. Viele der Getöteten, wenn nicht die meisten, waren unbeteiligte Zivilisten.²

Innerhalb dieser »Gewaltgeschichte« kommt Gräueltaten und Gräueltaten eine besondere Rolle zu. Meine These lautet, dass diese Gräueltaten einen Ansatz für ein tieferes Verständnis der politischen Kultur Deutschlands in der Gründungsphase der Weimarer Republik liefern. *Am Anfang war Gewalt* baut darauf, dass wir, wenn wir die Dynamik hinter den Gräueln erkennen, für die es zeitgenössische Darstellungen gibt (wie z. B. das Protokoll der Aussagen Hugo Levins), die Voraussetzungen und Gegebenheiten besser verstehen, die zum Tod Tausender Deutscher führten, von denen viele unter nebulösen, nie aktenkundig gewordenen Umständen zu Tode kamen. Zu den Gräueltaten, die sogar in einigen der bekanntesten Werke zur Geschichte der Weimarer Republik kaum Erwähnung finden, während sie für

dieses Buch eine zentrale Rolle spielen, gehören die Ermordung von sieben Unterhändlern nach der Kapitulation der Besetzer des *Vorwärts*-Gebäudes am 11. Januar 1919, die Abschlachtung zweier »galizischer« Häftlinge im Zellengefängnis Moabit am 10. März 1919 und die brutale Ermordung von 21 für Spartakisten gehaltenen Mitgliedern eines katholischen Vereins am 6. Mai 1919 in München.

Selbst wenn jede dieser Gräueltaten eine andere Vorgeschichte und Dynamik hatte, wiesen sie doch eine Gemeinsamkeit auf: Sie konnten nur geschehen, weil die politischen Führer der Republik bestimmte politische Entscheidungen getroffen hatten mit dem Ziel, ihre Macht und ihren Herrschaftswillen um jeden Preis zu demonstrieren.³ Nachdem die entsprechenden Beschlüsse einmal gefasst waren, unternahm die von Friedrich Ebert und nach ihm von Philipp Scheidemann geführte Regierung nur wenig, um die ihnen unterstellten Soldaten im Zaum zu halten, obwohl sie wusste, dass diese Truppen Gräueltaten begingen. Ganz im Gegenteil wurde es zu einem zentralen Anliegen der Regierung und ihrer Anhänger, das Vorgehen von Regierungstruppen und Freikorps ohne Rücksicht darauf, was diese anstellten, zu verteidigen. Dieses rigorose Eintreten für staatliche Gewalt unter sozialdemokratischer Herrschaft verschob die Paradigmen der deutschen politischen Kultur und hinterließ ein bitteres Vermächtnis. Dieses Vermächtnis machte den späteren Zusammenbruch der Weimarer Republik sicher nicht unausweichlich, untergrub aber doch ihre Legitimität, lieferte ihren Gegnern, nicht zuletzt Hitler, einige ihrer wichtigsten ideologischen Argumente, gab ihrem Antisemitismus Auftrieb und bestärkte sie in der Verherrlichung antikommunistischer Gewalt.

Am Anfang war Gewalt ist das Ergebnis jahrelanger Forschungen und Recherchen zur Geschichte der Revolution von 1918/19. Die Quellen umfassen Material aus elf Archiven und über 60 Zeitungen, deren zeitgenössische Reportagen und Kommentare ausgewertet wurden. Die Bilanz lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Auf dieser Etappe der Geschichte war Gewalt Politik, und Politik war Gewalt; jeder Versuch, die beiden zu tren-

nen und als geschichtliche Kapitel für sich darzustellen, hieße den Grundcharakter dieser Epoche zu verkennen. Somit postuliert dieses Buch, dass jeder, der sich mit der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert befasst, die entscheidende Rolle berücksichtigen muss, die Gewalt, staatlich geförderte Gräueltaten und der Streit um deren Legitimität in der Gründungsphase der Weimarer Republik spielten. Die vielen von Historikern vorgelegten Darstellungen dieser Ära, ob älter, ob neuer, die dies unterlassen, bleiben im besten Fall bruchstückhaft und laufen im schlimmsten Fall auf eine kritiklose Apologie der Gründerväter der ersten deutschen Demokratie hinaus.⁴

Gewalt ist etwas Physisches: Sie verwundet und tötet und gemahnt alle, die mit ihr konfrontiert werden, an die Fragilität ihrer eigenen leiblichen Existenz. Jede wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politisch motivierter Gewalt muss daher versuchen zu verstehen, wie die von Gewalt ausgehende Gefahr die Reaktion der Zeitgenossen auf diese Gewalt prägte. Eine der zentralen Überlegungen dieses Buches ist die, dass die politischen Führer der im Entstehen begriffenen Weimarer Republik und große Teile der damaligen deutschen Gesellschaft aus Angst, Opfer revolutionärer Gewalt zu werden, am Ende die Anwendung bis dahin unerhörter Mittel kriegsmäßiger Gewalt durch Regierungstruppen und Freikorps gegen den (wirklichen oder vermeintlichen) inneren Feind guthießen. Im Winter 1918/19 nährte sich die Angst vor der Gewalt aus dem Zusammenwirken realer Gewaltakte in deutschen Städten mit imaginierten Szenarien dessen, was in Deutschland geschehen könnte oder würde, wenn Gewaltexzesse, wie man sie mit der Französischen Revolution, der Pariser Kommune von 1871, vor allem aber mit dem noch im Gang befindlichen Bürgerkrieg in Russland verband, auch in Deutschland vorkommen würden.

Zu den Phantasmagorien, die aus dem Zusammenwirken von geschichtlicher Überlieferung, aktuellen Nachrichten und angstbesetzten Vorstellungen resultierten, gehörten der Glaube der Revolutionäre an ein Korps bewaffneter Konterrevolutionäre, die Überzeugung vieler, Karl Liebknecht verfüge über eine Geheim-

armee, die bereitstand, auf seinen Befehl hin die Macht zu übernehmen, und auf einer allgemeineren Ebene die Befürchtung, die gesellschaftliche und politische Ordnung Deutschlands stehe am Rande des totalen Zusammenbruchs. Das Zusammenwirken dieser Vorstellungen führte dazu, dass die staatlich sanktionierte Gewalt für große Teile der deutschen Gesellschaft eine charismatische Qualität gewann.

In einem von extremer Angst geprägten Klima war es für viele beruhigend zu wissen, dass die regierungstreuen Truppen Artillerie einsetzten und sogar Flugzeuge und Flammenwerfer in ihrem Arsenal hatten. Das gab ihnen die Gewissheit, dass der neue Staat stark genug war, die Ordnung wiederherzustellen und Deutschland vor dem Absturz in den »Abgrund« der Revolution zu bewahren. Wenn wir die Logik der staatlich verordneten Gewalt im Frühjahr 1919 verstehen wollen, müssen wir deren ostentativen Charakter erkennen: Sie sollte dem Publikum eine leicht begreifbare Botschaft übermitteln, die weit über die unmittelbare Situation hinaus, in der physische Gewalt ausgeübt wurde, von Bedeutung war.⁵ So unangenehm es vielen Historikern sein mag, die über die Weimarer Republik gearbeitet haben, so müssen wir doch in Erinnerung rufen, dass der Beschluss der sozialdemokratisch geführten Regierung, den Soldaten das Recht zur Durchführung standrechtlicher Erschießungen zu gewähren, den Gegnern der revolutionären Umwälzung half, ruhiger zu schlafen und sich in der Sicherheit zu wiegen, dass der Staat dabei war, die Ordnung wiederherzustellen.

Nur wenige Deutsche denken heute noch darüber nach, dass die Novemberrevolution und ihre Nachwehen eine entscheidende Weggabelung auf dem Weg Deutschlands in das dunkelste Kapitel seiner Geschichte darstellten.⁶ Nur wenige wissen, dass die Novemberrevolution einen bemerkenswert geringen Blutzoll forderte, dass der Waffenstillstand vom 11. November den Erfolgen der Revolutionäre zu verdanken war und dass die revolutionäre Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, in ihren ersten sechs bis acht Wochen bewusst ihr Möglichstes tat, um jedes Aufflackern weiterer Gewalt zu verhindern – bis es in den letzten zehn

Tagen des Jahres 1918 zu einer dramatischen Verhärtung der Fronten kam. Niemand in Deutschland gedenkt je der Ermordung von 16 Menschen auf einer belebten Straße im Zentrum Berlins am 6. Dezember 1918; es war das erste Mal, dass auf deutschem Boden Demonstranten unter Maschinengewehrfeuer genommen wurden. Nur die wenigsten Deutschen erinnern sich daran, dass ein militärischer Sturmangriff unter Führung der preußischen Garde-Kavallerie-Schützen-Division auf Stadtschloss und Marstall am 24. Dezember 1918 den ersten willkürlichen, im Affekt angeordneten Einsatz moderner Artillerie in der deutschen Hauptstadt darstellte – eine schwerwiegende Weichenstellung, die gleichsam als Testlauf für den Einsatz kriegsmäßiger militärischer Gewalt auf breiter Front gegen radikale revolutionäre Kräfte in deutschen Großstädten fungierte. Und wie viele Deutsche wissen, dass die ersten Fliegerbomben nicht im Zweiten Weltkrieg in der Reichshauptstadt einschlugen, sondern im Verlauf des Märzaufstandes von 1919?

Jede dieser Lücken im Wissen der heutigen Deutschen über ihre jüngere Vergangenheit ist Teil einer größeren Verdrängungsleistung: Die in der deutschen Geschichtsschreibung jüngst vollzogene Abkehr von der Sonderweg-These geht einher mit einer allzu nachsichtigen Rückschau auf das Deutsche Kaiserreich. Der Preis für diese Neuorientierung ist offenbar der, dass problematische Aspekte der deutschen Zeitgeschichte wie die mangelnde Bereitschaft der Elite des Deutschen Reiches, der Bevölkerung demokratische Mitwirkungsrechte zuzugestehen, immer weniger Beachtung finden. Auf einer allgemeineren Ebene lässt sich sagen, dass das Missverhältnis zwischen der wichtigen Stellung, die die deutsche Revolution in der Geschichte der politischen Gewalt einnimmt, und ihrer weitgehenden Verdrängung aus dem geschichtlichen Gedächtnis der Bevölkerung durch den Kunstgriff einer einfachen Dichotomisierung zunehmend größer geworden ist – durch die Gleichsetzung Weimars mit einem guten Deutschland und der auf Weimar folgenden zwölf Jahre mit seiner hässlichen Kehrseite. In dieser Sicht der Dinge – die auch von manchen mit der SPD sympathisierenden Historikern geteilt wird – erscheinen

die Sozialdemokraten im Rückblick als Verfechter und Verteidiger der Weimarer Demokratie und als Opfer des Nationalsozialismus in deren Endphase, während ihre Rolle als aktive Förderer neuer Formen brutaler staatlicher Gewalt in der Entstehungsphase dieser Republik aus dem Blick gerät.

Die geschichtliche Überlieferung sollte uns zu einer vielschichtigeren Betrachtung der deutschen Vergangenheit anregen. Es gab in Deutschland in der Anfangsphase der Weimarer Republik das Gute wie das Schlechte, und das Kräftespiel zwischen denen, die nach Gewaltanwendung riefen, und denen, die sie ablehnten, war ein zentrales Motiv der Politik dieser Umbruchphase, in der die Gewalt ebenso präsent war, wie sie auch anderswo ständige Begleiterscheinung von Staatsgründungen war und ist. Angesichts dieses Zusammenhangs besteht die vordringliche Aufgabe des Historikers nicht darin, moralische oder politische Urteile zu fällen, sondern darin, ein Verständnis dafür zu gewinnen, wie und weshalb die politischen Akteure zu den Entscheidungen kamen, die sie damals trafen. Wenn wir auf diese Weise an die Geschichte herangehen, können wir uns ein besseres Verständnis dafür erarbeiten, warum sich die Sozialdemokraten von ihrer jahrzehntelangen Tradition des Einstehens für die Schwachen und Unterdrückten im Frühjahr 1919 so gründlich verabschiedeten, sich in Befürworter standrechtlicher Erschießungen verwandelten und zusahen, wie diejenigen, die Gräueltaten begangen hatten, strafflos ausgingen. Verstehen zu lernen, wie es dazu kam, dass große Teile der deutschen Bevölkerung in staatlich angeordneter Gewalt eine gute Sache sahen und sie akzeptierten, ist die zentrale Aufgabe dieses Buches. Indem es zeigt, welches große gesellschaftliche und politische Potential für brutale Gewalt in Deutschland schon 14 Jahre vor der Errichtung des NS-Staates und 20 Jahre vor den Eruptionen der Jahre 1939–45 schlummerte, erhebt es den Anspruch, einen sehr viel klareren Blick auf die dynamischen Prozesse zu eröffnen, die im weiteren Verlauf der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch viel größere und extremere Exzesse der Gewalt möglich machten.

KAPITEL EINS

Kein Endkampf 1918

Die Oberste Heeresleitung (OHL) in der besetzten belgischen Stadt Spa war das neuralgische Zentrum für die militärische und politische Beschlussfassung der Deutschen während des letzten Jahres des Ersten Weltkriegs. Hier trafen die Oberbefehlshaber General Erich von Ludendorff und Paul von Hindenburg Entscheidungen, die das Leben von Millionen Menschen bestimmten. Am 29. September 1918 standen die Generäle Albrecht von Thaer und Ernst von Eisenhart-Rothe in einem überfüllten Raum Seite an Seite. Sie nahmen an einer Versammlung ranghoher Offiziere der OHL teil. Generalquartiermeister Erich Ludendorff ergriff das Wort. Tagsüber hatte das Gerücht die Runde gemacht, er werde etwas überaus Wichtiges bekanntgeben, etwas, das keiner der Männer für möglich halten würde.¹ Diesem Gerücht zufolge hatte Ludendorff kurz vorher einer Handvoll der wichtigsten Männer des deutschen Kaiserreichs, darunter Kaiser Wilhelm II., Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, Staatssekretär des Auswärtigen Paul von Hintze und Reichskanzler Georg von Hertling, eröffnet, Deutschland habe den Krieg verloren. Als Ludendorff zu reden begann, traute keiner der Männer seinen Ohren. Thaer war 50, Eisenhart 56 Jahre alt. An diesem Nachmittage eröffnete Ludendorff ihnen, dass es mit allem, woran sie geglaubt hatten, aus und vorbei war.

Thaer beschrieb die Wirkung dessen, was Ludendorff aussprach, als »unbeschreiblich«, den Zustand, in den es ihn ver-

setzte, als »völlig außer mir«. Nach mehr als vier Jahren Krieg und fast zwei Millionen deutschen Gefallenen hatte Ludendorff nichts Besseres mitzuteilen, als dass »die OHL und das deutsche Heer [...] am Ende [seien]; der Krieg sei nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültige Niederlage wohl unvermeidbar bevor. Bulgarien sei abgefallen. Österreich und die Türkei, am Ende ihrer Kräfte, würden wohl bald folgen. Unsere eigene Armee sei leider schon schwer verseucht durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen. Auf die Truppen sei kein Verlass mehr.«² Thaer fragte sich: »Wache oder träume ich?«

Der Abgrund, der sich in diesem Moment auftat, überforderte viele der Anwesenden. Die Kultur des harten Mannestums, die bis dahin das Auftreten der OHL nach innen und außen geprägt hatte, geriet nach dieser Enthüllung vollkommen aus den Fugen. Nicht wenigen der in dem Raum versammelten Männer liefen Tränen übers Gesicht. Albrecht von Thaer und Ernst von Eisenhart-Rothe fassten einander an der Hand, während von allen Seiten gedämpftes Schluchzen an ihre Ohren drang. Thaer presste seine Hand so heftig in die seines Kameraden, dass er später meinte, sie »kaputt« gedrückt zu haben.³

Die sich abzeichnende Niederlage war schlimmer, als die Männer es sich hätten vorstellen können. Das Deutsche Reich war auf militärischen Siegen aufgebaut. Es hatte noch keinen Krieg verloren. Die letzte Niederlage Preußens lag mehr als hundert Jahre zurück: 1806/07 hatten die Heere Napoleons sogar vorübergehend Berlin besetzt. Doch die Schmach der Niederlage gegen Napoleon hatten die Preußen durch die Niederringung des Franzosenkaisers 1813/15 und durch die Siege Bismarcks in den deutschen Einigungskriegen getilgt. Jetzt, Ende September 1918, schien gewiss, dass die Niederlage, die Ludendorff voraussagte, niemals mehr wettgemacht werden konnte. Falls man nicht einen sofortigen Waffenstillstand herbeiführe, warnte Ludendorff, müsse mit einem feindlichen Vormarsch von unvorstellbarer Wucht gerechnet werden. Die Front werde restlos zusammenbrechen, und das Westheer werde »den letzten Halt verlieren und in voller Auflösung zurückfluten über den Rhein und werde die Revolution

nach Deutschland tragen«.⁴ Es war ein Schreckensszenario, das für Ludendorff nicht einfach nur eine militärische Niederlage beinhaltete, sondern das für *Finis Germaniae* stand, für das Ende Deutschlands.⁵

Ludendorffs düstere Voraussage war das Ergebnis des sich beschleunigenden Kriegsgeschehens im Verlauf des Jahres 1918. Da war zunächst die anfänglich erfolgreiche, letzten Endes aber ergebnislose deutsche Offensive vom Frühjahr und Sommer 1918, mit der Ludendorff hoffte, den Krieg entscheiden zu können, bevor sich die Gewichte an der Westfront durch das Eintreffen von immer mehr US-amerikanischen Truppen immer weiter verschieben würden. Nach einigen erfolgreichen deutschen Vorstößen, bei denen kleine Truppenteile die Marne erreichten und sich Paris bis auf 70 Kilometer näherten, kam die Offensive, für die Deutschland einen ungeheuren Preis zahlte, zum Erliegen.⁶ Nicht nur gelang es nicht, Frankreich oder Großbritannien zu besiegen; schlimmer noch war, dass die Offensive die deutschen Armeen restlos auslaugte. Die kampfstärksten Divisionen des deutschen Heeres erlitten den Löwenanteil der Verluste, viele ihrer besten Leute fanden den Tod. Auch die Moral der Männer, die überlebt hatten, war eine völlig andere geworden: Sie hatten dem Feind alles entgegen geworfen, was sie besaßen, und hatten nichts gewonnen – und mancherorts waren deutsche Soldaten, wenn sie doch einmal bis zu den Schützengräben des Feindes vordrangen, aus allen Wolken gefallen angesichts der Vorräte, die sie dort vorfanden. Mit der Erkenntnis konfrontiert, dass die Menschen auf der anderen Seite der Schützengräben ein besseres Leben hatten, kam vielen der Männer der Wille abhanden, gegen einen offensichtlich überlegenen Feind bis zum letzten Atemzug weiterzukämpfen.⁷

Dann starteten die Mächte der Entente ihre Gegenoffensive: als Erstes die Franzosen am 18. Juli 1918 bei Villers-Cotterêts, dann die Briten mit Hilfe von Imperialen Truppen am 8. August bei Amiens – Ludendorff bezeichnete diesen 8. August als den »schwarzen Tag des deutschen Heeres«.⁸ Von diesem Moment an ging der Stellungskrieg, der bis dahin das militärische Geschehen an der Westfront dominiert hatte, langsam, aber unübersehbar